

Donnerstag (Vormittag), 7. Juni 2018

Volkswirtschaftsdirektion

73 2017.RRGR.579 Motion 227-2017 Gabi Schönenberger (Schwarzenburg, SP) **Konkrete Massnahmen einleiten, um der Problematik der langzeitarbeitslosen und ausge-** **steuerten Personen entgegenzuwirken und eine Verlagerung in die Sozialhilfe zu verhindern**

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 73, der Motion Gabi Schönenberger: «Konkrete Massnahmen einleiten, um der Problematik der langzeitarbeitslosen und ausgesteuerten Personen entgegenzuwirken und eine Verlagerung in die Sozialhilfe zu verhindern». Die Regierung hat ziffernweise argumentiert. Die Motionärin hat das Wort.

Sarah Gabi Schönenberger, Schwarzenburg (SP). Entschuldigen Sie den langen Titel der Motion. Wie schon in der Märzsession erwähnt, ist es etwas unglücklich und wirklich unverständlich, dass diese Motion nicht von der gleichen Direktion und gleichzeitig behandelt wird, wie der Vorstoss, der die Kennzahlen für die Langzeitarbeitslosen und Ausgesteuerten forderte. Denn beide Vorstösse wurden miteinander eingereicht, und sie sind inhaltlich sehr eng verknüpft. In der Regierungsratsantwort steht zu Beginn, dass diese Kennzahlen aufgrund fehlender Datengrundlagen fehlen. Eben diese forderte der Vorstoss vom März 2018. Ich hoffe, dass dies endlich geändert wird; der Vorstoss konnte nämlich im März deutlich überwiesen werden.

Es ist nicht nur wichtig, die Kennzahlen zu kennen, sondern auch gezielt Massnahmen gegen diese zunehmende Problematik zu ergreifen. Der Regierungsrat teilt die Ansicht, dass die berufliche Wiedereingliederung von Personen, die ihre Stelle verloren haben, hohe Priorität hat, und dass dafür geeignete Massnahmen nötig sind. Es freut mich, dass der Regierungsrat die Aktualität und Dringlichkeit auch zu sehen scheint. Allerdings ist er gemäss seiner Antwort aber wenig ambitiös, diese Situation nachhaltig zu verbessern. Das sieht man auch daran, dass er die Ziffern 1 und 3 nur als Postulat annehmen und Ziffer 2 ablehnen will. Die Sachlage ist klar: Es geht jetzt darum zu handeln. Es leuchtet nicht ein, weshalb Ziffer 2 gemäss Regierungsrat nicht realisierbar sein soll. Ein konkreter Zeitplan mit klar formulierten Zielen für die berufliche Wiedereingliederung von langzeitarbeitslosen Personen wäre sehr sinnvoll und notwendig. Denn sonst besteht die grosse Gefahr, dass entweder gar nichts oder zu wenig geschieht, oder aber es dauert viel zu lange.

An und für sich war es der Plan der Regierung im Zusammenhang mit der Revision des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe vom 11. Juni 2001 (Sozialhilfegesetz, SHG) Begleitmassnahmen zur Integration zu entwickeln. Ein Teil des beim gekürzten Grundbedarf eingesparten Betrags hätte wieder investiert werden sollen. Es zeigt sich jetzt leider im Nachhinein, dass dies in einem viel kleineren Rahmen geschehen soll, als es vorgesehen war. Auf einzelne Gruppen, die besonders von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, nimmt der Regierungsrat in seiner Antwort leider keinen Bezug, obwohl die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass verschiedene Gruppen von Arbeitssuchenden besondere Schwierigkeiten bei der Stellensuche haben. Zu diesen Gruppen gehören insbesondere ältere Arbeitslose, Personen ohne berufliche oder ungenügende Qualifizierung, Personen auch mit gesundheitlichen Problemen und – auch ein wichtiger Personenkreis – Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich. Wer jetzt sagt, wir hätten ja eine so tiefe Arbeitslosenquote – wie man das zu hören scheint –, den täuscht die tiefe Arbeitslosenquote darüber hinweg, dass Arbeitslose der genannten Personengruppen oft längerfristig keine Stelle finden und aufgrund dessen vielfach mittel- und längerfristig von der Sozialhilfe abhängig werden. Weil die Langzeitarbeitslosen und Ausgesteuerten statistisch nicht erfasst werden, zählen sie bei der Erhebung der Arbeitslosenquote nicht mit.

Ein Thema ist auch, wie wir diese Ressource besser nutzen können. Wir sollten dieses Potenzial nutzbar machen, statt zuzulassen, dass diese Menschen vom Stellenmarkt ausgeschlossen werden. Dies steht auch im Kontext des viel genannten Fachkräftemangels. Denn die Situation ist unbefriedigend. Es sind jetzt praktikable und pragmatische Massnahmen gefragt. Auch der Mitte 2018

in Kraft tretende Inländervorrang kann eine wichtige Rolle spielen. Diesen hat der Regierungsrat leider gar nicht erwähnt. Der Inländervorrang bietet zusätzliche Chancen für die berufliche Integration von stellenlosen Personen. Das gilt ebenfalls für die erhöhte Integrationspauschale bei den Asylsuchenden, die verdreifacht wurde. Dazu komme ich später noch.

Es gibt Möglichkeiten und sinnvolle Programme für eine bessere Arbeitsintegration, weil Stellenvermittlung alleine oft nicht in allen Fällen zielführend ist. In einigen Fällen sind zusätzlich Qualifizierungsmassnahmen und zielgerichtetes Jobcoaching notwendig, um eine nachhaltige Arbeitsintegration zu erreichen, beispielsweise durch das Lancieren von Qualifizierungsprogrammen. Es ist sehr wichtig, noch enger mit der Wirtschaft zusammenzuarbeiten. Ich sehe, dass die Lampe der Redezeitbegrenzung blinkt. Ich trete später noch ein zweites Mal ans Rednerpult.

Präsident. Wir kommen zu den Fraktionserklärungen. Für die glp-Fraktion spricht Grossrätin Mühlheim.

Barbara Mühlheim, Bern (glp). Ja, wenn die Welt immer so einfach wäre, wie die Motionäre sich dies vorstellen, dann wären wir auch im Bereich der Arbeitsbeschaffungsmassnahmen in einem Berner Paradies. Kolleginnen und Kollegen, wer sich beruflich etwas näher mit der Problematik der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) und der Leute, die beim RAV gemeldet sind, befasst, der kennt die Schwierigkeiten. Auch die Antwort der Regierung zeigt, wo die Hauptprobleme liegen, insbesondere im Segment der älteren Bevölkerung mit mehr Langzeitarbeitslosen. Es gibt tendenziell relativ viele Ausländerinnen und Ausländer mit schlechter Qualifizierung, und es sind auch viele Leute mit gesundheitlichen Problemen. Drückt man es etwas weniger diplomatisch aus, dann haben wir in diesem Segment auch viele Leute, die bereits seit längerer Zeit eine Suchtproblematik haben. Diese Leute konnten sich durchschlängeln und plötzlich, wenn die Wirtschaft anzieht, fallen sie raus. Was geschieht beim RAV? – Das ist ein Problem. Wir haben Arbeitsgruppen gemacht. Die Leute sind immer wieder innerhalb von drei Monaten arbeitslos, weil nicht bekannt ist, dass sie eine Suchtproblematik haben. Es gibt Lösungsansätze. Man hat neue Projekte mit der Klinik Südhang lanciert, damit diese Leute, wenn sie den Entzug machen, zum Beispiel noch Arbeitslosentaggelder kriegen. Das sind pragmatische Ansätze, wie wir Probleme lösen. Wir versuchen zuerst, den gesundheitlichen Zustand anzugehen, die Leute gesundheitlich fit zu machen, und sie anschliessend weiterzuvermitteln.

Betreffend das zweite Hauptproblem richte ich mich an die SP: Liebe Leute, so lange jeder Arbeitgeber gezwungen ist, den Gesamtarbeitsvertrag (GAV) mit Mindestlohnansätzen einzuhalten, kriegen wir einen grossen Anteil der Leute, die arbeitslos und über 55-jährig sind, nicht mehr in den ersten Arbeitsmarkt. Leute mit Gesundheitsproblemen werden bei diesen Lohnsätzen nicht mehr angestellt. Dort erwarte ich ganz konkret, dass Sie in ihren eigenen Reihen die Energie aufbringen, und Ihren Gewerkschaften in diesem Bereich mehr Spielraum lassen, sei es im Asylbereich, oder dass neue Möglichkeiten geschaffen werden, und der GAV im Bereich der Mindestlohnansätze nicht sakrosankt ist. Dann haben wir einen ersten Schritt gemacht, der viel realistischer ist, als diese Motion als Motion zu überweisen. Wir halten es gleich wie die Regierung: Wir werden die Ziffern 1 und 3 als Postulate überweisen und Ziffer 2 annehmen, weil man zum Zeitpunkt X einfach nicht mit klaren Terminierungen weiterkommt. Dafür ist das Problem viel zu komplex, so wie ich es geschildert habe. Ich bitte Sie, analog zur Regierung diese Motion als Postulat zu überweisen.

Hasim Sancar, Bern (Grüne). Ja, die Welt ist nicht einfach, aber leider machen sie manche komplizierter. Wir diskutieren seit drei Sessionen heftig über Sozialhilfe, Kürzungen in der Sozialhilfe und die Problematik der Aussteuerung. Arbeitslosigkeit ist für alle Menschen schwierig. Abgesehen von einigen Ausnahmen ist niemand gerne erwerbslos. Erwerbslose haben nicht nur weniger Einkommen; sie verlieren auch ihre sozialen Kontakte und sind der Gefahr ausgesetzt, in der Isolation zu landen. Deshalb ist es auch die Aufgabe des Staats, sich darum zu kümmern und die erwerbslose aktive Bevölkerung in den Arbeitsprozess zu integrieren. Ein möglicher Ansatz ist bestimmt das Recht auf Arbeit. Für Menschen, die immer erwerbstätig waren, ist es besonders bitter, wenn sie in vorgeschrittenem Alter oder kurz vor der Pensionierung erwerbslos werden, bitterer als für junge Menschen. Das Gefühl, überflüssig oder «aufgebraucht» zu sein, ist schmerzhaft. Umso wichtiger ist es, dass Wirtschaft und Staat erwerbslosen, über fünfzigjährigen Menschen besondere Beachtung schenken mit dem Ziel, sie möglichst schnell in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Leider weist die Antwort des Regierungsrats in die gegenteilige Richtung. Er beruft sich auf die sogenannten Daueraufgaben, anstatt jetzt konkrete Schritte zu unternehmen. Diese Untätigkeit irritiert.

Denn wenn diese Menschen ausgesteuert sind, landen sie in der Sozialhilfe, in der sie mit Kürzungen konfrontiert werden, für die vom gleichen Gesamtregerungsrat plädiert wird. Hier stimmt etwas nicht; das ist etwas wirklich verkehrt herum gedacht!

Wir verlangen vom Regierungsrat, dass er besondere Massnahmen ergreift, um Menschen über fünfzig Jahre in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Eine Zusammenarbeit mit den Gemeinden wäre diesbezüglich sehr nützlich. Die Grünen unterstützen die Motion.

Anita Herren-Brauen, Rosshäusern (BDP). Die Forderung dieser Motion ist für die BDP ein Thema, das omnipräsent thematisiert wurde und wird. Langzeitarbeitslose und Ausgesteuerte haben verschiedene Geschichten und Schicksale. Man kann dieses Thema emotional diskutieren; es kann jeden treffen. Wir gehen mit der Motionärin einig, dass diese Schwierigkeiten bestehen. Für uns ist jedoch die Antwort des Regierungsrats schlüssig, und wir werden nur die Ziffern 1 und 3 als Postulat unterstützen. Weshalb? – Zu Ziffer 1: Wie vom Regierungsrat ausgeführt, ist die Forderung eine Daueraufgabe, die immer weiterentwickelt werden muss. Es braucht nicht einfach die Massnahme X. Ein Postulat lässt viel Spielraum offen, und es ist bestimmt das Richtige.

Zu Ziffer 2: Da das Resultat noch nicht klar ist, wäre ein Zeitplan etwas, wie den Finger in die Luft zu halten, und würde der Sache nicht gerecht. Deshalb lehnen wir Ziffer 2 ab.

Zu Ziffer 3: Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und deren Einbindung geschieht bereits heute und muss sicher noch ausgebaut werden. Gerne bringe ich aber ein, dass wir bei dieser Thematik auch über Löhne, Mindestlöhne und Speziallösungen für Teillöhne in Härtefällen sprechen müssen. Oft scheitern diesbezüglich Lösungsansätze bereits im Ansatz, da sie nicht finanzierbar sind. Diesbezüglich erwartet die BDP Offenheit für weitere Wege. Sollte die Motionärin nicht in ein Postulat wandeln, wird die Motion einstimmig abgelehnt. Ich wiederhole das Stimmverhalten der BDP: Als Postulat stimmt die Mehrheit der Fraktion den Ziffern 1 und 3 zu. Die Ziffer 2 wird abgelehnt, wie auch eine Motion einstimmig abgelehnt wird.

Stefan Hofer, Bern (SVP). Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass der Kanton sich der Problematik angenommen hat, die Aufgabe mit hoher Priorität behandelt und mit vielen kostenlosen Massnahmen wie Kursen oder persönlichen Coachings Langzeitarbeitslosen und ausgesteuerten Personen die Möglichkeit gibt, in den Arbeitsmarkt zurückzufinden. Da ziffernweise Abstimmung beschlossen worden ist, nehme ich kurz zu jeder Ziffer Stellung.

Zu Ziffer 1: Dieser Personengruppe werden sehr viele kostenlose Möglichkeiten geboten, obschon die Arbeitslosenversicherung nicht mehr verantwortlich wäre. Wir müssen an die Eigenverantwortung und Vernunft dieser Personen appellieren, damit sie von den offerierten, bereits vorhandenen Möglichkeiten auch Gebrauch machen und sich für den Arbeitsmarkt empfehlen.

Zu Ziffer 2: Der Kanton kann aus meiner Sicht keinen Zeitplan erstellen, da der Arbeitsmarkt einer gewissen Volatilität unterliegt und somit auch keine verbindlichen Angaben liefern kann, wann welche Ziele erreicht werden könnten.

Zu Ziffer 3: Der Kanton steht bereits jetzt mit Vertretern aus der Wirtschaft in engem Kontakt, um Verbesserungen im Arbeitsmarkt zu schaffen, und nimmt diese Aufgabe auch stetig wahr. Bei dieser übermotivierten Motion beschleicht uns das Gefühl, dass diese an die GEF gerichtet hätte sein sollen, da im Motionstext Regierungsrat Pierre Alain Schnegg beschuldigt wird, seinen Aufgaben nicht nachgekommen zu sein oder diese gar verschleppt zu haben. Anstelle einer Motion mit vielen Fragen wäre hier eine Interpellation wohl sinnvoller und lösungsorientierter gewesen. Die SVP-Fraktion lehnt wenig überraschend alle Ziffern als Motion sowie als Postulat ab, sollte die Motion gewandelt werden.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat Grossrätin Stucki das Wort.

Béatrice Stucki, Bern (SP). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion unterstützt selbstverständlich alle drei Ziffern der Motion und zwar mit Überzeugung. Arbeitslos werden ist nichts Erstrebenswertes. Die Wenigsten suchen das. Besonders schlimm ist die Arbeitslosigkeit im Alter von über 55 Jahren. Das ist psychisch sehr belastend und die Chancen, eine gleichwertige Anstellung zu bekommen, wie man sie zuvor hatte, sind gering, trotz der Massnahmen der RAV. Bei diesen geben sich die Mitarbeitenden in der Regel leider nicht immer mit der gleichen Qualität Mühe – mit Umschulungen, Weiterbildungen und so weiter –, den betroffenen Personen einen Wiedereinstieg ins Berufsleben zu ermöglichen. Fakt ist aber, dass auch bei superguter Qualifikation viele Arbeitgeber die Kosten für die Löhne und die Sozialleistungen über die Einigung auf einen neuen Job oder die lange Berufs-

und Lebenserfahrung stellen. Eher wird eine günstige, neue Person im Betrieb angestellt als eine mit langer Berufs- und Lebenserfahrung.

So ist es nicht verwunderlich, dass rund ein Drittel der ausgesteuerten arbeitslosen Personen über 55 Jahre alt sind. Die Hälfte aller arbeitslosen Personen über 55 Jahren riskieren, ausgesteuert zu werden. Viele von ihnen sind gut und sogar hochqualifiziert – nicht alle, ich weiss –, und deshalb ist es sehr unverständlich, wenn auf der anderen Seite von Fachkräftemangel gesprochen wird. Aber Jammern ist halt einfacher, als die Hand zu reichen und einer älteren Person eine Stelle zu geben. Aus unserer Sicht ist der Regierungsrat deshalb in der Pflicht, gemeinsam mit Arbeitgebern eine Lösung zu finden, insbesondere für diese Gruppe von arbeitslosen Personen. Massnahmen sind auch für alle diejenigen Personen notwendig, die für die heutigen Anforderungen nicht qualifiziert sind – aus welchen Gründen auch immer. Der Kanton hat im Bildungsbereich Massnahmen getroffen, damit Personen mit schlechten Deutschkenntnissen die Grundkompetenzen erreichen können. Im Bereich der beruflichen Integration müssen deshalb anschliessend die Förder- und Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt werden – auch über das hinaus, was heute schon gemacht wird. Niemand soll arbeitslos sein. Natürlich haben auch ausgesteuerte Personen das Recht auf Sozialhilfe. Und natürlich führen die Sozialdienste die Integrationsmassnahmen weiter. Aber für viele arbeitslose Personen ist der Gang auf das Sozialamt eine zu hohe Hürde, und sie mogeln sich dank der Hilfe von Angehörigen irgendwie durch. Oder sie sind gezwungen, Gelder ihrer Pensionskasse zu beziehen, weil sie ein gewisses Alter erreicht haben. Das führt dann zu Armut im Alter.

Barbara Mühlheim: GAV sind da, um die Personen und die Löhne zu schützen. Sie sind eine Errungenschaft, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Missbrauch zu schützen.

Wir bitten Sie, alle drei Ziffern der Motion zu überweisen. Fördern ist besser, als «Pflasterli» zu verteilen. Das mit diesen Massnahmen investierte Geld wird bei den Sozialdiensten eingespart und dient der Gesundheit aller betroffenen Menschen. Denn Arbeitslosigkeit macht psychisch und physisch krank. Es geht letztlich auch um Gesundheitsprävention und somit um eine Kostenersparnis. Wir bitten Sie, alle drei Motionsziffern zu unterstützen.

Präsident. Ich wünsche allen einen guten Appetit. Wir fahren pünktlich um 13.30 Uhr weiter.

Hier werden die Beratungen unterbrochen.

Schluss der Sitzung um 11.45 Uhr.

Der Redaktor:

André Zurbuchen (d)

Die Redaktorin:

Sara Ferraro (f)